

Wahlentscheidungen in Zeiten von wachsender Ungewissheit – Volatiles Wählen als Ursache und Folge von volatilen Regierungsbildungen

Stefan Marschall, Lena Masch

Zusammenfassung

Seit geraumer Zeit kann man im Wahlverhalten Veränderungsprozesse beobachten, die erhebliche Auswirkungen auf die Koalitions- und Regierungsbildung in Deutschland mit sich bringen. Insgesamt zeigen sich gegenseitig verstärkende Unsicherheiten aufseiten der Wähler/innen und der Parteien.

Einleitung

Es gibt kein Jahr, in dem in Deutschland nicht entweder auf Landes- oder auf Bundesebene eine Wahl stattfinden würde. Von Zeit zu Zeit gibt es jedoch Phasen, in denen sich die Anzahl der Wahlen deutlich verdichtet – so sehr, dass man von einem „Superwahljahr“ sprechen kann. Ein solches Superwahljahr war auch 2019, als insgesamt fünf Wahlen in Deutschland durchgeführt wurden: die Europawahl im Mai, die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft im selben Monat und schließlich die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen (beide September) sowie Thüringen (Oktober). In solchen verdichteten Zeiträumen lassen sich Entwicklungen in der Wählerschaft, im Wahlverhalten, im Parteiensystem und in der Regierungsbildung besonders konzentriert beobachten. Das Wahljahr 2019 hatte zudem noch zwei Eigenschaften, die es besonders instruktiv machten: Mit Brandenburg, Sachsen und Thüringen standen Wahlen in drei der vier Flächenbundesländer im Osten Deutschlands an. Und unter Einbezug der Wahlen in Bremen und für das Europäische Parlament kann 2019 als



Prof. Dr. Stefan Marschall

Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf



Dr. Lena Masch

Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

„Super second order elections“-Jahr bezeichnet werden. „Second order elections“ – mit diesem Label werden Wahlen bezeichnet, die bei den Wählerinnen und Wählern genauso wie bei den Parteien und Medien als zweitrangig in ihrer Relevanz wahrgenommen werden – was sich sowohl im Wahlkampf, in der Wahlbeteiligung als auch in der Wahlentscheidung widerspiegelt (Reif und Schmitt 1980).

So lassen sich die Wahlergebnisse und deren Folgen für die Regierungsbildungen aus dem Jahr 2019 durchaus auch als Menetekel verstehen. Deutlicher als bei Bundestagswahlen, also genuinen „first order elections“, zeigen sich Veränderungen bei „second order elections“, da die Wähler/innen in einigen Hinsichten freier und ungebundener entscheiden, quasi stärker experimentieren können. Zudem wird den Entwicklungen im Osten Deutschlands immer wieder ein prognostischer Charakter unterstellt, da sich dort schon früher Entwicklungen eingestellt haben, die sich verzögert im Westen der Republik ebenfalls abzeichnen – wie zum Beispiel eine abnehmende Parteiidentifikation (Arzheimer 2005). Dabei spielt seit geraumer Zeit ein Faktor in die Analyse von Wahlen und Wahlverhalten hinein, der mit dem Wort der „Ungewissheit“ umrissen werden kann. Ungewissheit und Unsicherheiten gelten als eine Ursache des sich verändernden Parteiensystems und von Wahlergebnissen, die oft überraschend ausfallen. Diese Ungewissheiten im Wahlverhalten führen nicht selten zu dem, was dann nach der Wahl als „unklare“ Ergebnisse bezeichnet wird – also Ergebnisse, welche Koalitions- und Regierungsbildungsprozesse komplexer und komplizierter machen. So finden nach der Wahl zunehmend Parteien zueinander, deren Zusammenarbeit in den Koalitionsspekulationen (geschweige denn in den Koalitionpräferenzen) der Wähler/innen nicht eingepreist war. Letzten Endes steigt somit auch für die Wähler/innen die Unsicherheit und Ungewissheit bei der Stimmabgabe, da sie nicht ohne Risiko „strategisch“ in Richtung einer spezifischen Regierungskoalition wählen können. Dies alles findet statt in und wird verstärkt von einem Medien- und Kommunikationsraum, der zunehmend seine Orientierungsaufgabe verliert. Die Wähler/innen sehen sich mit einem „information overload“ bei gleichzeitiger Unsicherheit über die (zugeschriebene) Qualität von Information konfrontiert (Stichwort: „Fake News“). Mit den elektoralen Ungewissheiten und ihren Folgen setzt sich der Beitrag auseinander. Zunächst werden Trends im Wahlverhalten sowie deren Auswirkungen auf das Parteiensystem und die Regierungsbildungen skizziert. Die Dynamiken bei der Formation von Regierungen werden dann in einem zweiten Schritt wieder auf das Wahlverhalten bezogen. Tatsächlich entsteht eine Art „Teufelskreis“ von Ungewissheiten, der letzten Endes auch die langfristige Entwicklung der Demokratie in Deutschland mit Unsicherheiten belasten könnte.

Wahlverhalten im Wandel

Gesellschaftliche Entwicklungen können die individuellen Wahlentscheidungen beeinflussen. Mit einer sich verändernden Gesellschaft, z.B. durch den demografischen Wandel, Migration oder wirtschaftliche Entwicklungen, ändern sich also auch die gesellschaftlichen Kontextfaktoren der Wahlentscheidungen.

Die Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft als Faktoren der Wahlentscheidung

Die Entstehung der einzelnen Parteien und Parteienlandschaft kann durch die bestehenden Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft erklärt werden (Lipset und Rokkan 1967). Demnach siedeln sich Parteien in ihrer Entstehung je an einem Endpol einer Konfliktlinie an, um die entsprechende gesellschaftliche Klientel zu vertreten. Für westliche Demokratien gelten dabei „Arbeit-Kapital“ und „Kirche-Staat“ als wesentliche Konfliktlinien (Elff und Roßteutscher 2016). Katholische Kirchgänger/innen und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter/innen galten dabei lange Zeit als Kernklientel und Stammwähler/innen der CDU/CSU bzw. der SPD (Weßels 2000). Mit der Bedeutungsabnahme dieser gesellschaftlichen Großgruppen schwindet jedoch auch die Bindungskraft an die jeweiligen Parteien.

Trotz des gesellschaftlichen Strukturwandels gilt die Parteibindung immer noch als vergleichsweise wichtigster Erklärungsfaktor des individuellen Wahlverhaltens. Denn sofern sie vorliegt, beeinflusst die Bindung an eine Partei die Wahrnehmung eines Wahlkampfes, insbesondere die Wichtigkeit der relevanten Themen sowie die Wahrnehmung der Kandidaten und Kandidatinnen (Campbell et al. 1960). Mit einer Abnahme der langfristigen Parteibindungen und einer Zunahme an Wähler/innen ohne dauerhafte Parteibindungen gewinnen zwei kurzfristig wirkende Faktoren – Themen und Kandidaten/innen – allerdings automatisch an Bedeutung. Durch diesen Bedeutungsgewinn sind Wahlentscheidungen volatiler und Wechselwählen zwischen ideologischen Blöcken wahrscheinlicher geworden (Roth und Wüst 2007). So entscheiden sich die Wähler/innen je nach Kandidaten/innen und Themen der jeweiligen Parteien möglicherweise für unterschiedliche Parteien bei den einzelnen kommunalen, Europaparlaments-, Landtags- oder Bundestagswahlen. Auch das Zusammenspiel zwischen Themen und Kandidaten/innen kann einen Einfluss auf die Wahlentscheidung nehmen. Vor allem Parteivorsitzende können die inhaltliche Ausrichtung und das Image einer Partei prägen, indem sie Werte und thematische Schwerpunkte durch ihre Persönlichkeit verkörpern (Hayes 2005).

Das soziale Umfeld als Kontextfaktor der Wahlentscheidungen

Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten spielt die individuelle Schichtzugehörigkeit, z.B. zur Arbeiterschaft, eine geringere Rolle für die Herausbildung von Einstellungen und Parteipräferenzen. Lebenswege und Erfahrungen verlaufen heutzutage heterogener als noch vor einigen Jahrzehnten. Zudem sind Personen mittlerweile auch online über Soziale Medien oder Diskussionsforen einem sozialen Umfeld ausgesetzt, das Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen kann. In einem homogenen sozialen Umfeld herrscht eine große Übereinstimmung bezüglich der politischen Präferenzen, die wiederum die Herausbildung einer individuellen Präferenz stärken kann (Lazarsfeld et al. 1968). Im Gegensatz dazu werden Individuen in einem heterogenen sozialen Umfeld mit verschiedenen gegensätzlichen Einstellungen und Erwartungshaltungen konfrontiert.

tiert, die eine klare Präferenzbildung erschweren und mitunter sogar eine Wahlenthaltung nach sich ziehen (Lazarsfeld et al. 1968).

Die individuelle Informationsverarbeitung im Vorfeld der Wahlentscheidungen

Neuere Erklärungsansätze des Wahlverhaltens rücken die individuelle Informationsverarbeitung der Wähler/innen in den Vordergrund. Dazu zählen Rational-Choice-Ansätze sowie Theorien der politischen Psychologie, die affektive und kognitive Informationsverarbeitungsprozesse einer Entscheidungsfindung berücksichtigen.

Rational-Choice-Ansätzen folgend entscheiden sich Wähler/innen aufgrund rationaler Abwägungsprozesse für die Wahl einer Partei. Dabei fällt die Entscheidung auf die Partei, die Wähler/innen thematisch am nächsten steht und dadurch den größten individuellen Nutzen in der zukünftigen Wahlperiode verspricht. Dieser vermeintliche finanzielle Nutzen kann aus Parteiprogrammen oder Wahlversprechen zu steuer- und wirtschaftspolitischen Themen, z.B. zum Mindestlohn oder Steuersenkungen, abgeleitet werden. Allerdings können auch Positionen zu kulturellen Themen mit einem individuellen Nutzen entsprechend der eigenen Präferenzen durch die Wähler/innen versehen werden. Anstelle solcher rationalen Kalküle haben Studien jüngst auf die Rolle von Emotionen in der politischen Urteilsbildung geschaut, z.B. zur Wirkung von verspürter Angst auf das Wahlverhalten (z.B. Schoen 2010). Die individuelle Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zustands kann Emotionen und affektive Zustände wie Zufriedenheit, Angst oder Wut erzeugen, die dann wiederum die kognitive Informationsverarbeitung beeinflussen können (Marcus et al. 2000). Wähler/innen, die gesellschaftliche Unsicherheiten wahrnehmen, verspüren in der Regel Angst, die wiederum eine intensivere kognitive Auseinandersetzung mit Kandidat/innen und Themen befördern sollte, sodass diese Wähler/innen nicht nur einen höheren kognitiven Aufwand vollziehen, sondern sich auch basierend auf rationalen Abwägungen entscheiden. Ärger wird in der Regel von Bürgern/innen empfunden, die neben einem Zustand der Unsicherheit auch moralische Verstöße wahrnehmen. Dieser emotionale Zustand sollte jedoch keine rationalen Abwägungsprozesse auslösen, sondern stattdessen schnelle affektive Entscheidungen und Präferenzbildungen fördern, die sich auf klare Freund- und Feindbilder beziehen (Marcus et al. 2019). So kann auch die Wahrnehmung und Wirkung von kurzfristigen Ereignissen und „Schocks“, wie z.B. Terrorattacken, auf das Wahlverhalten erklärt werden (Vasilopoulos 2018).

Wahlentscheidungen im Kontext des digitalen Zeitalters

Vor allem im digitalen Zeitalter mit seiner Fülle an verfügbaren Informationen, können Personen einen „information overload“ verspüren und statt weiterer Informationen einzuholen, sich an einfachen Heuristiken oder „information shortcuts“ orientieren. Bei Wahlentscheidungen können Heuristiken zur schnellen Entscheidungsfindung genutzt werden (Lau und Redlawsk 2001): Von Parteisymbolen, ideologischen

Zuschreibungen wie „links“, „rechts“, „liberal“ oder „konservativ“ sowie durch das bloße Auftreten von Kandidaten/innen können Signale an die Wähler/innen ausgehen. Des Weiteren können Umfragen als Entscheidungshilfe für strategische Wahlentscheidungen genutzt werden, um abzuwägen, ob eine Partei möglicherweise die Stimmenmehrheit erhält oder einen Parlamentseinzug erreichen könnte. Ebenso gelten Empfehlungen von angesehenen Personen des öffentlichen Lebens oder vertrauten Bezugspersonen als Orientierungspunkte, die die individuelle Entscheidung maßgeblich prägen können. Durch das Internet, seine digitalen Plattformen und die Sozialen Medien ist es denkbar, dass zukünftig Wahlaufrufe durch „Influencer“ eine wichtige Quelle der Orientierung für ihre Follower bieten. Die Digitalisierung begünstigt zudem eine stetig heterogener werdende Medienlandschaft, da neben den traditionellen Massenmedien aus Funk und Fernsehen einzelne Wähler/innen ihre Informationen ausschließlich über Soziale Medien beziehen können. Mit einem steigenden Fragmentierungsgrad der Medien steigt auch die mögliche Segmentierung der Gesellschaft. Wenn einzelne Wählergruppen ihre Informationen aus gänzlich unterschiedlichen Informationsquellen beziehen und gegebenenfalls mitunter Fehlinformationen ungefiltert übernehmen, besteht die Gefahr einer gesellschaftlichen Polarisierung durch diese sogenannten „filter bubbles“. Verstärkt wird eine mögliche gesellschaftliche Spaltung, wenn sich Diskurse in diesen abgeschotteten virtuellen Räumen zu so genannten „echo chambers“ verhärteten. Für die letzte Bundestagswahl 2017 konnte bereits gezeigt werden, dass die Anhänger/innen der AfD auf Twitter vor allem untereinander und deutlich weniger mit Anhängern anderer Parteien kommunizieren (Kersting und Mehl 2018).

Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Polarisierung auf die Wahlentscheidungen

In der aktuellen Forschung wird ebenso debattiert, ob sich neue Konfliktlinien innerhalb westlicher Gesellschaften herausbilden, die das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien begünstigen, insbesondere eine Konfliktlinie mit den Polen „transnational-national“ (Hooghe und Marks 2018). Durch neue Konfliktlinien oder das Erstarken alter Konfliktlinien können neue Parteibindungen entstehen oder alte Parteibindungen wiederaufleben, indem die seit einigen Jahrzehnten zunehmend volatilen Wähler/innen sich erneut stark mit einer Partei identifizieren und zu langfristigen Unterstützern dieser Partei werden. Ein ebenfalls gegenläufiger Trend zur Volatilität wird in der US-amerikanischen Forschung als „social sorting“ (Mason 2018) beschrieben. Der Begriff „social sorting“ meint in gewisser Weise ein Wiedererstarken der Parteibindungen für die Wählerschaft der USA, wobei soziodemografische Charakteristika wie Einkommen, Bildung, Geschlecht und Wohnort ausschlaggebend dafür sind, mit welcher Partei sich die Bürger/innen identifizieren und welche Partei sie letztendlich am Wahltag unterstützen. Das Elektorat wird dadurch als deutlich gespaltener beschrieben, als dies in den vorherigen Jahrzehnten der Fall war (Mason 2018). Ob und inwiefern sich solche Entwicklungen auch in Europa abzeichnen, bleibt abzuwarten.

Auswirkungen auf Parteiensysteme und Regierungsbildungen

Das sich wandelnde Wahlverhalten, geprägt von den mitunter gegenläufig erscheinenden Entwicklungen der Volatilität, Fragmentierung und Segmentierung, hat tiefgreifende Auswirkungen auf das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Dieses galt über Jahrzehnte hinweg – allemal im internationalen Vergleich – als stabil und veränderungsresistent. War noch der erste deutsche Bundestag von einer Vielzahl kleiner und kleinster Parteien geprägt, durchging das Parteiensystem der Bonner Republik einen Konzentrationsprozess und erlebte über weite Strecken bis zur Deutschen Einheit die dominierende Rolle zweier großer Volksparteien (Union und SPD), die sich in der Regierungsverantwortung abwechselten (von Alemann et al. 2018). Diese Dominanz spiegelte sich auch auf der Ebene der Länder, die sich – je nachdem ob sie SPD- oder unionsgeführte Regierungen hatten – im Bundesrat eindeutig als „A-“ oder „B-Länder“ klassifizieren ließen. Und auch die Fluktuation in Form der Etablierung neuer Parteien hielt sich in Grenzen: Bis in die neunziger Jahre hinein schafften auf Bundesebene nur die Grünen in den 1980ern den Einzug in den Bundestag, indem sie sich bei einem neu aufkommenden Thema (Anti-Atompolitik) erfolgreich positionieren konnten (Pappi et al. 2019) und außerparlamentarischen (Protest-)Bewegungen zum Thema Umweltschutz, Gleichberechtigung und Friedenspolitik eine politische Stimme gaben. In Folge der deutschen Einheit veränderte sich das Parteiensystem zunächst lediglich oberflächlich und marginal. Mit der Nachfolgepartei der DDR-Staatspartei SED, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), der heutigen „Linke“, gelang es einer weiteren politischen Kraft, sich in der deutschen Parteienlandschaft zu etablieren. Dass dies nicht nur im Osten Deutschlands geschah, hing nicht zuletzt mit der Mobilisierung des linken Spektrums in Folge der Agenda-Politik der Regierung von Gerhard Schröder zusammen. Die Reformen der Arbeitsmarktpolitik, die seitens der Gewerkschaften heftig kritisiert wurden und auch in der Sozialdemokratie nicht unumstritten waren und sind, hatte Räume links von der SPD geschaffen. Hier stieg zunächst die Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) ein, die 2007 mit der Linkspartei zur heutigen Partei „Die Linke“ fusionierte. Durch die Verschmelzung mit der westdeutschen Schwester sind der ehemaligen PDS auch beachtliche Erfolge in den Ländern im Westen gelungen. Was sich somit nach der Deutschen Einheit zunächst zu etablieren schien, war ein bipolares Parteiensystem mit zwei – ideologisch nicht ganz trennscharfen – Lagern, einem linken, bestehend aus SPD, Grüne und Linke, und einem „bürgerlichen“ aus der Union und der FDP, mit einer robusten Segmentierung zwischen den beiden Lagern – und auch innerhalb des linken Lagers gegenüber der Partei die Linke. Aber dieser Anschein von Stabilität täuschte; insbesondere in den ostdeutschen Ländern konnte man bereits frühzeitig völlig andere Dynamiken im Koalitions- und Regierungsbereich identifizieren, inklusive einer der wenigen über einen längeren Zeitraum stabilen Minderheitsregierungen, die es bislang in Deutschland gegeben hat (das „Magdeburger Modell“, einer von der PDS tolerierten sozialdemokratischen Regierung unter dem Regierungschef Höppner 1994 bis 2002, vgl. Träger 2017).

Die zunehmende Labilität des Parteiensystems zeigte sich in den 2010er Jahren in seiner für viele überraschenden Erweiterung um die „Alternative für Deutschland“. Im Januar 2013 gegründet verfehlte diese neue Kraft den Einzug in den Bundestag in den wenige Monate später stattfindenden Wahlen nur knapp. Danach gelang ihr der Einzug in alle 16 Länder, wobei sie insbesondere bei den Wahlen in Ostdeutschland spektakuläre Erfolge verbuchen konnte. Nachdem sie sich zunächst vorwiegend aus einem allgemeinen Anti-Parteien-Protest und der Ablehnung der Europäischen Union speiste, ist ihre Stabilisierung seit 2015 auch auf die Etablierung eines „neuen“ Themas mit zurückzuführen, der „Flüchtlingskrise“ (Franzmann 2019). Mit der AfD hat sich nach einem jahrzehntelangen europäischen Sonderweg schlussendlich auch in Deutschland eine rechtspopulistische Strömung etabliert (Decker 2017).

Das Aufkommen der AfD hatte zunächst eine stärkere Polarisierung und Fragmentierung des bundesdeutschen Parteiensystems zur Folge. Die drei Großen Koalitionen unter Angela Merkel haben insgesamt die zentripetalen Bewegungen der Volksparteien gefördert, die sich in dem ein oder anderen „Policy Change“ drastisch zum Ausdruck gebracht hat. Die Entstehung neuer oder Stärkung vormals kleiner Parteien ist gewiss nicht allein eine Konsequenz Großer Koalitionen, wird aber von diesem Kooperationsmodell durchaus gefördert. In dem Gesamtprozess hat sich vor allem die stabile Dominanz der beiden „Volksparteien“ bei der Regierungsbildung nach und nach aufgelöst – wobei noch die Wahl 2013 in die gegenläufige Richtung zu weisen schien (Niedermayer 2015). Parteien jenseits von Union und SPD haben mittlerweile ein „regierungsführendes“ Potenzial erhalten. Mit Winfried Kretschmann stellt in Baden-Württemberg seit 2011 die Partei „Die Grünen“ erstmalig einen Regierungschef auf Landesebene, in Thüringen gelang es 2014 der Linken, unter der Führung von Bodo Ramelow eine Regierung zu bilden und das Amt des Ministerpräsidenten zu besetzen. Auf der Länderebene hat sich grosso modo ein „Sechs-Parteien-System“ etabliert (CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke, FDP, AfD) von mittelgroßen Parteien mit wechselnder Dominanz. Die Fragmentierung zeigt sich u.a. darin, dass Ende 2019 in acht der 16 Landesparlamenten mindestens sechs Parteien mit Fraktionen vertreten waren – wobei es in einigen Länder noch Spezialfälle wie beispielsweise die Freien Wähler in Bayern gibt. Das Erstarken der AfD, die schwindende Dominanz der „Volksparteien“ und die zunehmende Volatilität von Wahlergebnissen haben auch Auswirkungen auf die Segmentierung des Parteiensystems und Koalitionsstrategien. „Große Koalitionen“ von Union und SPD finden in einer Reihe von Fällen keine hinreichenden Mehrheiten mehr. Koalitionen über Lagergrenzen hinweg sind üblich geworden (Decker 2019). Entsprechend hat sich die Segmentierung zwischen den Parteien zunehmend aufgelöst – mit einer Ausnahme: Die AfD stellt (noch) keinen potenziellen Koalitionspartner dar, wenngleich sich auf der kommunalen Ebene erste Formen der Zusammenarbeit abzeichnen. Eine Folge der Abgrenzung der AfD bei ihrer gleichzeitigen Stärke ist die Bildung von „Anti-AfD-Koalitionen“, in der sich lagerübergreifend Parteien zusammenfinden müssen. Im Ergebnis zeigt sich eine Vielfalt von Koalitionstypen in Deutschland. So lassen sich Ende 2019 insgesamt rund zehn verschiedene Kombinationen von Parteien in den 16 Bundesländern ausmachen. Unterscheidet man noch nach

der Frage, wer den Junior- und wer den Seniorpartner in den Regierungen stellt, kommt man auf insgesamt 13 Varianten. „Sichere“ Länder für die eine oder andere Partei scheint es immer weniger zu geben. Hier mögen zwar die Landtagswahlen 2019 *prima vista* in eine andere Richtung zeigen, ist es doch vormaligen Senior-Regierungsparteien gelungen, ein weiteres Mal den Regierungschef zu stellen. Allerdings haben sich die dahinterstehenden Mehrheiten in Qualität und Quantität deutlich verändert. Die zweite Konsequenz ist genauso augenfällig: Die Anzahl von Koalitionen von drei und mehr Parteien hat deutlich zugenommen. War vor zehn Jahren nur eine Drei-plus-Parteienkoalition auf Landesebene zu finden, sind es Ende 2019 bereits acht – mit steigender Tendenz. So führten die Wahlen 2019 sowohl in Bremen, Sachsen, Brandenburg und Thüringen zu Drei-Parteienregierungen: zu einer SPD-geführten rot-rot-grünen Koalition in Bremen, einer SPD-geführten schwarz-rot-grünen Koalition in Brandenburg, einer CDU-geführten schwarz-rot-grünen Koalition in Sachsen sowie der in Thüringen geplanten von der Partei „Die Linke“ geführten rot-rot-grünen Minderheitskoalition. Das Resultat aller vier Landtagswahlen sind somit Bündnisse von drei Parteien – zweimal ein Bündnis von SPD, Linke und Grüne und zweimal eine „Kenia“-Konstellation (CDU/SPD/ Grüne). Diese unterscheiden sich dann noch jeweils in der Frage, welche Partei die Aufgabe der Regierungsführung innehat. So haben die Landtagswahlen 2019 vier völlig unterschiedliche Regierungsergebnisse produziert.

Insgesamt hat somit auch das „Superwahljahr 2019“ auf Landesebene den Trend fortgesetzt und Regierungen generiert, deren Mehrheiten (so eine solche überhaupt formiert werden konnte) aus jeweils drei Parteien bestehen. Darunter ist mit dem Brandenburger Modell eine Anti-AfD-Koalition zu finden und in Thüringer der – wie sich herausstellte – schwierige Versuch, eine nicht stabil tolerierte Minderheitsregierung auf das Gleis zu setzen. Zugleich ist auffällig, dass in allen vier Fällen die Seniorregierungspartei zwar die gleiche geblieben ist, aber in der Regel markant gegenüber der vorherigen Wahl geschwächt wurde. Somit zeichnen die Wahlkonsequenzen des Jahres 2019 die Entwicklungen fort, die mit dem Stichwort der „Ungewissheit“ gelabelt werden können. Diese Trends auf der Landesebene werden sich auch auf der Ebene des Bundes einstellen – respektive haben sich bereits eingestellt: Bereits zu Beginn der Wahlperiode nach der Bundestagswahl 2017 war mit der sogenannten Jamaica-Option eine Drei-Parteien-Option im Spiel (Blinzler et al. 2019). Dass eine Große Koalition nach der nächsten Bundestagswahl keine Option mehr sein wird – zum einen wegen der hohen Wahrscheinlichkeit, nicht mehr genügend Stimmen für diese Regierungsform zu erhalten, zum anderen wegen der nun tatsächlich deutlichen Ablehnung der SPD dieser Variante – erscheint nahezu zwingend. Bei nicht auszuschließenden unklaren Mehrheitsverhältnissen könnte das vom Grundgesetz durchaus ermöglichte Modell einer Minderheitsregierung eine Option nach kommenden Bundestagswahlen werden. Diese Dynamik in der Koalitionsbildung bringt nicht nur für die Parteien, sondern auch für die Wähler/innen Unsicherheiten mit sich. So ist die Ungewissheit, wie sich die Stimmabgabe letzten Endes in eine Regierungsbildung übersetzen wird, größer geworden.

Wählerstrategien gegen Unsicherheiten

Durch die schwindenden Mehrheiten für Große Koalitionen auf Landes- und Bundesebene und verschiedenste rechnerisch mögliche Drei-Parteienregierungen nimmt die Unsicherheit vor Wahlen über den tatsächlichen Wahlausgang zu. Prognosen anhand von Umfragedaten im Vorfeld der Wahl könnten Informationen zu möglichen mehrheitsfähigen Koalitionen liefern, die Wählern/innen ein strategisches Wählen anhand der präferierten Koalition ermöglicht. Während mehrere denkbare Regierungsbeteiligungen einer im Amt erwünschten Partei zur kognitiven Überforderung führen können, könnten sich Wähler/innen in diesem Falle auf ihre ursprüngliche Parteipräferenz berufen. Dies gilt vor allem im Falle möglicher Minderheitsregierungen. Aussagen und Absagen bezüglich möglicher Koalitionspartner von Seiten der Parteien während des Wahlkampfes könnten hingegen wichtige Signale über die Wahrscheinlichkeit der möglichen Koalitionsbildungen an die Wähler/innen senden. Über eine solche Ausrichtung der Parteien können Wähler/innen die Parteien im politischen Raum verorten und die Information zur Entscheidungsfindung heranziehen. Dabei ist es auch denkbar, dass sich neue Schemata herausbilden, die zur Unterscheidung politischer Akteure und Parteien genutzt werden. Während „links/rechts“ aufgrund der sozioökonomischen und kulturellen Bedeutungen lange Zeit Selbst- und Fremdwahrnehmungen ermöglichte, könnten sich in einer globalisierten und vom Klimawandel bedrohten Gesellschaft neue Schemata herausbilden, die bedeutsame Konfliktlinien und Themen der Gesellschaft widerspiegeln. Dabei könnten „Pro/Anti-Europa“, „Migrationsbefürwortung/-ablehnung“ oder „Klimaschutz/Wirtschaftsfreundlichkeit“ mögliche Unterscheidungen sein, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen, vor allem wenn es auch für Wähler/innen darum geht, bestimmte Koalitionskonstellationen zu verhindern oder zu unterstützen. Auch eine Zunahme multipler Parteiidentifikationen (Mayer 2016) ist dabei denkbar. In diesen Zeiten der teilweise experimentellen Koalitionsbildungen gewinnen die internen Flügelkämpfe der Parteien an Aufmerksamkeit und Ernennungen neuer Parteivorsitzender/n senden Signale für Koalitionsbereitschaften der Parteien. So werden die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten weiterhin das Image der Partei und zu ihrer Koalitionsbereitschaft prägen. Durch eine Fortführung und Etablierung neuer Drei-Parteien-Optionen können sich neue Lager bilden, wohingegen andere Drei-Parteien-Koalitionen die Ausnahme in einzelnen Ländern bleiben könnten. Wenn sich neue dauerhafte Koalitionsbündnisse formen, kann dies eine Identifikation mit einzelnen Parteien für einzelne Wählergruppen befördern und letztlich eine Segmentierung der Gesellschaft entlang gesellschaftlich relevanter Themen ermöglichen. Um einer Segmentierung und unausgeglichener Informationslage der Wähler/innen zu begegnen, sind unabhängige Informationsquellen für Wähler/innen wichtige Entscheidungshilfen. Durch systematische Vergleiche der Parteipositionen anhand von Sachthemen können Entscheidungshilfen wie der Wahl-O-Mat einen Überblick verschaffen und vertiefende Informationen anbieten, ohne die Wähler/innen kognitiv zu überlasten, und zugleich vermeiden, dass sich Wähler/innen zu stark von Stimmungen bei der Wahlentscheidung leiten lassen.

Allerdings ist es dafür unerlässlich, dass die Informationsquellen als unabhängig wahrgenommen werden und die Wähler/innen dem Nutzen einer Entscheidungshilfe aufgeschlossen gegenüberstehen (Israel et al. 2017).

Ausblick – in eine unsichere Zukunft?

Die Dynamik im Wahlverhalten und im Parteiensystem hat insgesamt zu anhaltenden Veränderungen im politischen System und der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland geführt. Dieser Wandel wird durch internationale und europäische Entwicklungen noch beschleunigt. Denn auch in den mit Deutschland verflochtenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aber auch in anderen wichtigen Partnerländern wie den USA zeichnen sich mitunter bedenkliche bis besorgniserregende Entwicklungen in der jeweiligen demokratischen Kultur ab, die die Politik in Deutschland vor neue Herausforderungen stellt, insbesondere angesichts der Notwendigkeit, dass bestimmte Themen wie Klimaschutz und die Flüchtlingspolitik multilateral angegangen werden müssen. Dazu braucht es – auch nach dem Brexit – eine einigungsfähige EU sowie eine internationale globale Kooperation jenseits nationaler Eigeninteressen. Die externe Instabilität verstärkt die Unsicherheiten innerhalb Deutschlands – mit den oben geschilderten Auswirkungen auf das Wahlverhalten. Ob sich diese Instabilität verstetigen wird oder ob wir uns derzeit in einer Übergangsphase zu einer neuen Phase der Stabilität befinden, ist derzeit noch vergleichsweise unklar. Phänomene wie „social sorting“ und „echo chambers“ verdeutlichen, dass Parteiidentifikation kein Konzept der Vergangenheit ist, sondern dass wir Segmentierungsprozesse in der Wählerschaft beobachten, die wieder zu einem stabileren milieubasierten Wahlverhalten führen könnten.

Jedenfalls erscheinen die vermeintlich „Goldenen Zeiten“ vorüber, bei denen zwei große Parteien, Union und SPD, die politische Landschaft im Bund und in den Ländern dominierten. Das muss gewiss nicht schlecht für die Demokratie sein. So erscheint die derzeitige Situation den Wettbewerb zwischen den Parteien anzuregen und die Wähler/innen, aber auch die Parlamente zu stärken. Zugleich besteht die Gefahr, dass mangels Segmentierung die Parteien ihr Profil verlieren – letzten Endes zugunsten von populistischen Strömungen, die aus Unsicherheiten Profit schlagen können. Wie das geschehen kann, haben die Ereignisse rund um die Wahl des Kurzzeit-Ministerpräsidenten der FDP mit Stimmen der AfD in Thüringen Anfang 2020 gezeigt. Die Verunsicherung hat nicht nur die Wähler/innen, sondern mittlerweile auch die Parteien erreicht.

Literatur

- Arzheimer, Kai (2005). Das Wahlverhalten. Besonderheiten in Ostdeutschland als Modell künftiger gesamtdeutscher Entwicklungen. In Hannes Bahrman und Christoph Links (Hrsg.), *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit - eine Zwischenbilanz* (S. 60-74). Berlin: Ch. Links.
- Beck, Ulrich. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Blinzler, Katharina; Blumenberg, Manuela S. & Bucher, Hannah (2019). Die Regierungsbildung. In Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weißels & Christof Wolf (Hrsg.), *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017* (S. 357-374). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845287607-357>
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E. & Stokes, Donald E. (1960). *The American Voter*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Decker, Frank (2017). Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik. *Gesellschaft • Wirtschaft • Politik*, 66(3), S. 383-393. <https://doi.org/10.3224/gwp.v66i3.07>
- Decker, Frank (2019). Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017. In Karl-Rudolf Korte & Jan Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017* (S. 201-224). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_9
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Elff, Martin & Roßteutscher, Sigrid (2016). Parteiwahl und Nichtwahl. Zur Rolle sozialer Konfliktlinien. In Harald Schoen & Bernhard Weißels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013* (S. 45-69). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11206-6_3
- Franzmann, Simon T. (2019). Extra-Parliamentary Opposition within Transforming Political Space. The AfD and FDP under Merkel III between 2013 and 2017. *German Politics*, 28(3), 332-349. <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1512972>
- Hayes, Danny (2005). Candidate qualities through a partisan lens: A theory of trait ownership. *American Journal of Political Science*, 49(4), 908-923. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2005.00163.x>
- Hooghe, Liesbet & Marks, Gary (2018). Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. *Journal of European Public Policy*, 25(1), 109-135. <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1310279>
- Israel, Jonas; Marschall, Stefan & Schultze, Martin (2017). Cognitive dissonance and the effects of Voting Advice Applications on voting behaviour: Evidence from the European Elections 2014. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 27(1), 56-74. <https://doi.org/10.1080/17457289.2016.1268142>
- Kersting, Norbert & Mehl, Max (2018). Echokammern im deutschen Bundestagswahlkampf 2017. Die ambivalente Rolle der Prominenz. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(3), 586-602. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-3-586>
- Lau, Richard R. & Redlawsk, David P. (2001). Advantages and disadvantages of cognitive heuristics in political decision making. *American Journal of Political Science*, 45(4), 951-971. <https://doi.org/10.2307/2669334>
- Lazarsfeld, Paul F.; Berelson, Bernard & Gaudet, Hazel (1968). *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press 1968. <https://doi.org/10.7312/laza93930>
- Lipset, Seymour M. & Rokkan, Stein (1967). Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. In Seymour M. Lipset, & Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments* (S. 1-64). New York: Free Press.
- Marcus, George E.; Neuman, W. Russell & MacKuen, Michael (2000). *Affective intelligence and political judgment*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Marcus, George E.; Valentino, Nicholas. A.; Vasilopoulos, Pavlos & Foucault, Martial. (2019). Applying the Theory of Affective Intelligence to Support for Authoritarian Policies and Parties. *Political Psychology*, 40(1), 109-139. <https://doi.org/10.1111/pops.12571>
- Mason, Lilliana (2018). *Uncivil agreement: How politics became our identity*. Chicago, IL: University of Chicago Press. <https://doi.org/10.7208/chicago/9780226524689.001.0001>

- Mayer, Sabrina J. (2016). Die Parteiidentifikation: Eine Konstruktvalidierung neuer Maße auf Basis des Ansatzes sozialer Identität. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.5771/9783845254418-268>
- Niedermayer, Oskar (2015). Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013* (S. 175-207). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02852-7_8
- Pappi, Franz U.; Kurella, Anna-Sophie & Bräuniger, Thomas. (2019): Die Etablierung neuer Parlamentsparteien. Wählerpräferenzen als Erfolgsfaktor für die Alternative für Deutschland 2017 und die Grünen 1986. *Politische Vierteljahresschrift*, 60(2), S. 273-298. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00150-4>
- Reif, Karlheinz & Schmitt, Herrmann (1980). Nine National Second-Order Election Results. *European Journal of Political Research*, 8(1), 3-44. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x>
- Roth, Dieter & Wüst, Andreas M. (2007). Emanzipiert und ungeliebt. Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland. In Werner J. Patzelt, Martin Sebaldt & Uwe Kranenpohl (Hrsg.), *Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls* (S. 390-412). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90763-5_31
- Schoen, Harald (2010). Die Wirtschaftskrise, Angst und politische Urteilsbildung. Eine Analyse zum Affective-Intelligence-Modell am Beispiel der Bundestagswahl 2009. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 39(2), 205-222.
- Träger, Hendrik (2017). Koalitionen in Sachsen-Anhalt. Ein kleines Land mit Magdeburger Modell und Kenia-Koalition als bundesweiter Trendsetter. In Hendrik Träger & Sonja Priebus (Hrsg.), *Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt* (S. 165-180). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13689-5_11
- Vasilopoulos, Pavlos. (2018). Terrorist events, emotional reactions, and political participation. The 2015 Paris attacks. *West European Politics*, 41(1), 102-127. <https://doi.org/10.1080/01402382.2017.1346901>
- Von Alemann, Ulrich; Erbenraut, Philipp & Walther, Jens (2018). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21159-2>
- Weßels, Bernhard. (2000). Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik. In Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann & Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland* (S. 129-158). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-322-90180-4_7